



St.Gallen, 19. Februar 2019

## **Medienmitteilung der Kantonsratsfraktion der SVP des Kantons St.Gallen**

### **Durchgezogene Sessionsbilanz**

**Die SVP-Fraktion ist über die zweitägige Februarsession durchgezogen zufrieden. Erfreut ist die Fraktion, dass das Gesetz über Feuerschutz an die Regierung zur Überarbeitung zurückgewiesen wurde und Rechtsanwalt Stefan Zürn zum Präsidenten des Verwaltungsgerichts gewählt wurde. Die SVP ist bei der Ausgabenentwicklung beim Aufgaben- und Finanzplan besorgt. Zudem ist die SVP-Fraktion über die massiven Zwischenrufe der Klimademonstranten bei Voten von Fraktionsmitgliedern äusserst befremdet. Die SVP hat in der Session verschiedene Vorstösse eingereicht. Die SVP fordert von den Verantwortlichen der Hochschule St.Gallen (HSG) mehr Transparenz und verlangte daher eine Auslegeordnung der Verantwortlichkeiten bei den Instituten der HSG. Zudem hat sie zwei Motionen zu den Themen Doppelmandate Regierung / Nationales Parlament und Ausgestaltung des Sozialhilfesystems eingereicht.**

Am ersten Sessionstag hat der Kantonsrat lic.iur RA Stefan Zürn zum Präsidenten des Verwaltungsgerichts für die Amtsdauer 2019/2020 gewählt. Die SVP-Fraktion gratuliert Stefan Zürn zu seiner Wahl und wünscht ihm eine gute Hand in der Ausübung seines Amtes. Zum ersten Mal ist das Amt nicht in den Händen der CVP.

Die SVP-Fraktion ist über das gestrige, von SP-Grünen orchestrierte Auftreten der Klimademonstranten befremdet. Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne, die die Kantonsratssession verfolgen, schätzt die SVP. Aber dass die anwesenden Klimademonstranten Voten von Mitgliedern der SVP-Fraktion mit Rufen übertönt haben und so unsere Diskussionskultur nicht respektieren, ist beschämend. Die SVP erwartet, dass die Verantwortlichen der SP und Grünen, welche die Aktion mitorganisiert haben, dafür sorgen, dass die politische Kultur in diesem Kanton nicht auf diese Weise mit Füssen getreten wird. Die SVP-Fraktion hat in ihrer Mehrheit den Antrag, dass das Präsidium eine Sondersession zum Thema «Kima» prüft, unterstützt. Die SVP ist jedoch klar der Meinung, dass es nicht angezeigt ist, eine Sondersession ohne klare Geschäfte durchzuführen.

### **SVP-Fraktion fordert Umdenken an der Universität St.Gallen**

Die SVP-Fraktion hat in einer dringlichen Interpellation eine Auflistung der Verantwortlichkeiten bei den Instituten der HSG gefordert. Vor dem Hintergrund der laufend neuen Unregelmässigkeiten bei den Spesen von Mitarbeitenden der HSG fordert die SVP ein Umdenken bei den Verantwortlichen der HSG und eine Sensibilisierung über den Umgang damit.

### **Kompromiss beim Steuergesetz dank SVP möglich**

In der Schlussabstimmung hat die SVP dem XV. Nachtrag zum Steuergesetz, welcher die Umsetzung der Steuervorlage des Bundes im Kanton St.Gallen vorsieht, zugestimmt. Die SVP hat massgeblich dazu beigetragen, dass ein Kompromiss gefunden werden konnte. Die SVP-Fraktion begrüsst die Senkung der Unternehmenssteuer und die Reduktion der Mindeststeuer für Unternehmen. Dank der SVP werden auch die Bürgerinnen und Bürger durch die Erhöhung des Pendlerabzugs sowie des Abzugs der Krankenkassenprämien entlastet.

### **SVP-Fraktion ist überzeugt: Doppelmandat Regierung / Ständerat ist nicht zu Gunsten der St.Gallerinnen und St.Galler**

Die SVP-Fraktion hat in der Februarsession eine dringliche Motion zur Unvereinbarkeit von Ämtern von Mitgliedern der Regierung eingereicht. Dabei forderte sie, dass Regierungsmitglieder nicht gleichzeitig Mitglied im nationalen Parlament (National- oder Ständerat) sein dürfen. Die Problematik eines allfälligen Doppelmandates stellt sich momentan, da der Vorsteher des Finanzdepartementes für die Ersatzwahl vom 10. März für den Ständerat kandidiert. Gemäss seiner Aussage hat er bei einer Wahl in den Ständerat die Absicht, sein Regierungsamt bis zum Ende der laufenden Legislatur im Mai 2020 auszuüben. Eine solche Konstellation ist mit einer ordentlichen, seriösen Amtsführung unvereinbar und daher nicht im Interesse des Kantons, da viele Termine auch gleichzeitig stattfinden. Die aktuell gesetzliche Grundlage aus dem Jahre 1940, welches die Unvereinbarkeiten regelt, ist überholt. Die Komplexität, Anforderungen und der zeitliche Einsatz in den politischen Ämtern sind heute beträchtlich grösser geworden. Die SVP ist überzeugt, dass ein Mitglied der Regierung seine ganze Arbeitskraft auf seine Arbeit als Regierungsrat konzentrieren muss. Die SVP-Fraktion ist enttäuscht, dass die anderen Fraktionen hier nicht über ihre Schatten springen konnten.

### **Ausgabenwachstum im Kanton nach wie vor hoch**

Die Beratung des Ausgaben- und Finanzplans 2020 – 2022 hat aufgezeigt, dass das Ausgabenwachstum im Kanton St.Gallen nach wie vor hoch ist. Die SVP hat die Anträge der Finanzkommission unterstützt und ist überrascht, dass namentlich die FDP vor dem Hintergrund von Wahlen ihre Meinung wieder geändert hat. Die SVP jedoch hält Wort – vor und nach den Wahlen.

### **Regierung muss Feuerschutzgesetz breiter abstützen**

Das von der Regierung vorgelegte Gesetzesrevision zum Feuerschutz war unausgereift und hat aufgezeigt, dass es einer nochmaligen Überarbeitung benötigt. Die SVP-Fraktion erwartet von der Regierung, dass sie die Bedürfnisse der Feuerwehren mehr berücksichtigt und die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden klarer regelt.

### **Vorstösse zu Sozialhilfe, Rahmenabkommen und Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative**

Die SVP-Fraktion hat in der Februarsession drei weitere Vorstösse eingereicht. In einer Motion fordert die Fraktion, dass der Grundbedarf bei der Sozialhilfe neu auf 70 % angesetzt wird. Für integrationswillige, aktiv mitwirkende Sozialhilfebezüger kann er auf 100 % erhöht werden. Dazu soll der Grundsatz eingeführt werden, dass es nicht mehr an der Sozialbehörde ist, die mangelhafte Mitwirkung zu beweisen, um eine Kürzung beim Grundbedarf zu veranlassen. Neu sollen die Sozialhilfebezüger ihre Integrationswilligkeit durch eine aktive Mitwirkung belegen, was dazu führt, dass sie den vollen Betrag für den Grundbedarf erhalten.

In zwei Interpellationen stellt die SVP-Fraktion zum einen Fragen zu den konkreten Auswirkungen des geplanten Rahmenabkommens mit der EU auf den Kanton St.Gallen. Zum anderen will die SVP-Fraktion eine Übersicht, wie viele Grenzgänger sich seit dem 1. Juni 2018 auf den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV gemeldet haben, damit sie nach der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz leichter einen Job erhalten.

### **Auskünfte erteilt:**

Michael Götte, Fraktionspräsident, Tel: 079 601 05 06

